Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: F. H. G. Effenbart.

No. 99. Sonnabend, den 28. April 1849.

Der Preußische Staats-Anzeiger enthält Folgendes:

Als Ew. Königliche Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 5ten Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen großentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben.

Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21sten d. M. gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der deutschen National-Versammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt wird, und eben so in dem Beschlusse vom gestrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerspruch mit dem Artikel 110 der Verfassungs-Urkunde für ungesetzlich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird.

Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöst und demgemäß, nach Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde gleichzeitig die erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zuversichtlicher hingeben, als zu unserem tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten.

Indem wir Ew. Königlichen Majestät den Entwurf der Auflösungs-Verordnung zur Allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer nach Art. 49 der Verfassungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor.

Berlin, den 27. April 1849.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. Freiherr von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons.

An des Königs Majestät.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c.

verordnen auf Grund der Artikel 49 und 76 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848, nach dem Antrage Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Die zweite Kammer wird hierdurch aufgelöst.

§. 2. Die erste Kammer wird hierdurch vertagt.

§. 3. Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bellevue, den 27. April 1849.

(L.S.) **Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons.

Deutschland.

*) **Stettin.** Der Belagerungszustand der Hauptstadt war von Anfang den Feinden der ordnungsmäßigen Freiheit ein Dorn im Auge, nun mußte er als Stichblatt herhalten, um dem Ministerium einen tödtlichen Hieb zu versetzen. Der Schleier, hinter dem sich die Absichten der Gegner des Belagerungszustandes verstecken, hat Löcher genug, um den Ehrgeiz u. die Eitelkeit durchblicken zu lassen, die die wahren Motive einer solchen unnatürlichen Erhitzung für Abstellung des Ausnahmezustandes sind. Vergebliche Saiten sind schon früher aufgespannt worden, um das Ministerium hinauszuklingeln, alle Versuche sind gescheitert an Brandenburg-Manteuffelischer ei erner Consequenz. Der Belagerungszustand, wem schadete er? Dem ruhigen Bürger hat er nur Nutzen gebracht, die Unruhe hat er beschworen, die Leidenschaften gebändigt, ein Balsam des Friedens ist er für Berlin, für die ganze Nation gewesen. Der Anarchie hat er geschadet, die Schandblätter hat er erstickt, den Wühlern hat er kräftig das Handwerk gelegt, dem fliegenden Buchhandel hat er die Flügel beschnitten. Niemand fühlte sich dadurch beeinträchtigt, als nur diejenigen, die vorher im Trüben fischten und es gern noch einmal möchten. Daher das unablässige Geschrei der ultraliberalen Presse: Thue ab, thue ab! Daher die Bestrebungen der Linken in den Kammern, eine an sich selbst unschädliche, für die Ordnung nothwendige, ersprießliche Maßregel zu beseitigen. Daher der Antrag um Aufhebung des Belagerungszustandes. Daß derselbe durchging mit 177 gegen 153 Stimmen, dazu mußten besondere Umstände mitwirken. Ein Theil der Rechten hat zu diesem Behuf eine Coalition mit der Linken geschlossen. Letztere ist mit diesem Theil Abgefallener in dem Plane einig, das Ministerium zu stürzen, von dem ja selbst behauptet worden ist, es habe seine Macht nicht in der Zustimmung des Volkes, sondern stütze sich *lediglich auf den Ausnahmezustand* und schöpfe daher die Kräfte seiner Regierung. Die Linke hat natürlich noch weitere Absichten, nicht blos andere Minister wird sie aufs Tapet bringen wollen, sie will ohne Zweifel unter das beliebte Regiment der auswärtigen Bundesgenossen zurückkehren. Ein Dienst ist mit dieser Maßregel dem Vaterlande nicht geschehen. Nur mit Schaudern können wir der Wiederkehr eines Zustandes, wie wir ihn vor dem 9. November v. J. kennen, entgegensehen; und ein solcher wird nicht ausbleiben, wenn ein Theil der Volksvertretung gemeinschaftliche Sache macht, mit Menschen, die weder ein Vaterland, noch Liebe dazu, weder einen Gott, noch Glauben haben. Man sollte denken, es wäre an *einer* Probe genug. Unsers Erachtens ist dieser Beschluß der Aufhebung des Belagerungszustandes, obwohl er darauf angelegt ist, zu einer Kabinetsfrage nicht geeignet. Das Ministerium lasse der Kammer ihren Willen, denn eine Auflösung der letzteren wäre wahrscheinlich nur die Einleitung zu neuen Wühlereien, (es sei denn, daß das Wahlgesetz geändert werde); es schrecke nicht zurück vor dem Versuche, mit dem Gesetze in der Hand das Ruder des Staates zu lenken; es zeige, daß es ohne jene Ausnahme zu regieren wisse; steht ihm doch im Nothfall der Arm der Militairmacht zu Gebote, läßt sich doch ebenso gut die Maßregel wieder herstellen, als aufheben. Welche Macht ihm noch sonst zur Seite steht, wird ihm nicht verborgen sein: die Macht der Intelligenz, des Patriotismus, des entschiedenen Willens aller Conservativen. Doch wird es vermuthlich vorläufig noch beim Alten bleiben, da es kaum glaublich ist, daß nicht die erste Kammer, die Sachlage und die wahren Absichten der Majorität der zweiten Kammer durchschauend, sich diesem Beschlusse widersetzen wird. Nur bedauern können wir es, daß man anstatt in Revision der Verfassung fortzuschreiten und den eigentlichen Zweck seiner Sendung zu erfüllen, wieder mit allerlei Nebendingen Zeit und Kräfte zersplittert und dem Lande ein ziemlich entsprechendes Gegenstück zu der „verlegten" Nationalversammlung darbietet, indem eine Reihe von Vorgängen in der zweiten Kammer nicht geeignet ist, uns Ehrfurcht und Vertrauen gegen Volksvertretung einzuflößen. Wird in dieser Weise noch eine Zeitlang fortgefahren, so können wir nur wünschen, daß auch diese Versammlung bald dem erloschenen Reiche der Geschichte anheimfalle. (Nach den neuesten umgehenden Gerüchten ist dies bereits geschehen. Siehe oben.)

(H) **Stettin.** Die zweite Kammer ist nach einem kurzen Dasein von zwei Monaten aufgelöst worden. Anders konnte es nicht kommen. Nur wenige Sitzungen boten ein gemäßigteres Bild dar. Die Persönlichkeiten aus der weiland Nationalversammlung nahmen bald einen beißigen Ton an; es war eine neue Schmach für das Land, sich in dieser Weise vertreten zu sehen. Woher kommt aber das Uebel? Das Ministerium ist verantwortlich, die Abgeordneten unverantwortlich, unverletzlich, unantastbar. Und dazu das liebenswürdige Wahlgesetz, das die Menschheit nach Köpfen zählt, nicht nach Geist und Herzen wägt, das den Wühlern freien Spielraum läßt, dem Vaterlande, dem Könige, dem Willen aller Braven zum Trotz immer wieder von neuem die Persönlichkeiten in die Kammern zu bringen, welche den Umsturz der Regierung, die Diäten, das Ministerwerden im Auge haben. Bei diesem Wahlgesetz nützt Kammerauflösung nichts. Dieselben Gesichter, dieselben Bärte kehren wieder. Die Unverletzlichkeit der Rede mag den Abgeordneten gestattet sein, aber diese hat ein Ende, wo die Thaten anfangen. Die Unverletzlichkeit der Rede ist

beseitigt durch den Schluß der Versammlung. Die Unverletzlichen konnten ungestraft beisammen sitzen, der Regierung trotzen, den Aufruhr im Lande schüren, die Steuerverweigerung beschließen. Warum ging man so zart um mit diesen Leuten? Warum ließ man unaufgeklärt den dunklen Fleck, ob sie im Recht oder im Unrecht waren? Alle Gerüchte von einer gerichtlichen Verfolgung haben sich grundlos erwiesen. Zum Erstaunen des Landes, zum Aerger aller Treuen finden sich einer nach dem andern diese Widersacher der Krone wieder ein. Sie schämen sich nicht, sind nicht kleinlaut, sie brüsten sich, sie stellen sich auf den ihnen eigenthümlichen Rechtsboden, sie setzen das alte Unwesen fort. Hinc illae lacrimae! Geht die Urwählerei wieder los, so kommen wir aus dem Regen in die Traufe und aus der unnatürlichen Aufregung nie heraus. Danach treffe man bei Zeiten seine Maßregeln.

Berlin, 26. April. (36ste Sitzung der zweiten Kammer.) Debatte über den Belagerungszustand.

Minister des Innern: Der vorige Redner hat gesagt, daß die Leitung Berlins einem Manne anvertraut sei, der sich als völlig unfähig hierzu gezeigt habe. Ich bin nicht in der Lage, über die Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Andern aburtheilen zu wollen, aber das kann ich versichern, daß die Leitung Berlins Händen anvertraut ist, die sich derselben mit Wohlwollen und allseitiger Rücksicht unterziehen. Es ist ein mißlich Ding mit der Popularität. Ich lege nicht so viel Werth auf sie. (Höhnisches Gelächter und Bravo! links.) Aber ich kann versichern, daß ich in einer hiesigen Bürger-Versammlung die Behauptung hörte, General Wrangel sei der populärste Mann in Berlin. (Gelächter links.) — Man hat uns vorgeworfen, daß wir dem Volkswillen trotzen wollten. Unter Volkswillen versteht man jedoch mancherlei. Wir haben die Absicht, ehrlich konstitutionell zu regieren, aber wir wollen nicht mit dem Lindenklub, nicht mit der Straßen-Demokratie regieren. (Große Unruhe links. Man verlangt für den Minister einen Ordnungsruf.)

Graf Arnim äußert: An dem Tage, als die Vertreter Berlins vor uns traten und unsere Unterstützung für einen Antrag verlangten, der die Aufhebung des Belagerungs-Zustandes bezweckt, traten auch die anderen 102 Vertreter Berlins zusammen und beschlossen, in derselben Angelegenheit keine Schritte zu thun. Auch seit jener Zeit ist nichts weiter Seitens der Stadtverordneten geschehen, und ich muß daher annehmen, daß der Stadt Berlin selbst nicht viel an der Aufhebung des Belagerungszustandes liegt.

Wenn wir annehmen können, daß von den 102 andern Vertretern Berlins die materiellen Interessen vertreten werden, so können wir sagen, daß hier die politische Ehre des Landes vertreten wird. Es fragt sich, ist es nothwendig oder nicht, daß der Belagerungszustand aufgehoben werde? Wenn der Mensch krank ist, kann er bekanntlich seine politischen Rechte nicht ausüben, und der vernünftige Kranke entäußert sich ihrer von selbst. War nun unser Staat nicht im vorigen Jahre krank? Ich glaube, er war todtkrank. Für die, welche jenen Zustand für einen gesunden gehalten, welche die Exzesse nur als Schaumspritzen der Wellen bezeichnet haben, habe ich keine Argumente. Meine Ansicht ist dagegen die, daß der Staat noch krank ist, daß er krank bleibt, so lange solche Ansichten in der Kammer geäußert werden, wie sie hier ausgesprochen worden sind. (Bravo auf der Rechten.) Die Maßregeln des Ministeriums waren die nothwendige That der Selbsterhaltung und sind als solche gerechtfertigt. Wir befanden uns im vorigen Jahre unter einem Joche und dies ist von uns genommen worden. (Bravo auf der Rechten.) Die Redner, welche gegen diese Ansicht gesprochen haben, sehen, wie es scheint, nicht gern auf die Motive jener That zurück, sie äußern sich mit seltener Zurückhaltung darüber. Es fragt sich aber: soll die Suspension in der bisherigen Weise fortdauern? Daß die Militair-Herrschaft fortdauere, halte ich nicht für nothwendig, wohl aber, daß die Beschränkungen eintreten, welche die Verfassung schon fordert. Sie bestimmt, daß Gesetze über das Vereinswesen und die Presse erlassen werden sollen, und diese müssen daher erst da sein, wenn dem Volke seine Rechte zugemessen werden sollen. Ich schließe mich deshalb dem Amendement Aldenhoven an, da es meiner Ansicht am meisten entspricht. Zum Schlusse giebt der Redner noch seine Beistimmung mit dem Lobe zu erkennen, welches dem General Wrangel von dem Minister-Tische gezollt worden ist und erklärt, daß die Namen der Männer, welche den Muth gehabt, den Belagerungszustand zu verhängen, noch dann in der Geschichte glänzen würden, wenn die ihrer Angreifer bereits der Vergessenheit anheimgefallen. (Bravo von der Rechten, Zischen von der Linken.)

d'Ester (persönlich): In dem fein gesponnenen Gewebe von Enthüllungen, welche der Herr Minister des Innern gestern hier dargelegt hat, war auch mein Name enthalten. Ich fühle mich jedoch nicht veranlaßt, jene Enthüllungen von dieser Tribüne naher zu beleuchten; selbst nicht durch den Umstand, daß es nach der Aussage des Herrn Ministers amtliche Aussagen sind, welche er mittheilte. Auch diese amtlichen Enthüllungen sind dem Lande schon bekannt, als daß sie widerlegt zu werden brauchten. Aber auf einen Punkt muß ich doch zurückkommen. Der Herr Minister hat etwas mitgetheilt, was ich auf dem demokratischen Kongresse gesagt haben soll. Ich habe aber dort gerade das Gegentheil gesagt und ich hätte wohl erwartet, daß sich der Herr Minister bessere Quellen zu seinen Studien verschaffe, als ein Zeitungsblatt. Sodann hat der Minister einer mir angehörigen Kiste mit Papieren erwähnt, die gefunden worden ist.

Es ist dies richtig; ja, meine Herren, die ominöse Kiste enthält sehr gefährliche revolutionaire Papiere — die stenographischen Berichte aus der letzten Zeit der vorigen Nationalversammlung und die Berichte des frankfurter Parlaments. Der Minister hat ferner von einer Umsturz-Partei gesprochen. Ja, es giebt eine solche; sie will das System, welches das jetzige Ministerium vertritt, stürzen, und ich mache es mir zur Ehre, zu ihr zu gehören. Ich werde Alles aufbieten, diesem System entgegen zu wirken. Ich halte dies für meine Pflicht. (Zu den Ministern gewandt:) Den wahren Grund der Bestrebungen, die Sie enthüllen wollen, bildet Ihr Benehmen, und ich kann nicht umhin, diesen Enthüllungen gegenüber, auch Sie daran zu erinnern, daß die National-Versammlung Sie für Hochverräther erklärt hat. (Große Bewegung.)

Minister des Innern: Die Stelle, welche ich gestern vorgelesen, war in einem selbst verfaßten Berichte des demokratischen Kongresses enthalten; ich habe nicht gesagt, daß ich dabei gewesen. (Gelächter.) Was die ominöse Kiste betrifft, so kenne ich ihren Inhalt nicht genau; sie befindet sich in den Händen des Gerichts. Wenn sie nichts als stenographische Berichte enthält, so ist dies um so besser für den Abgeordneten d'Ester. (Große Unruhe links.) Es ist jedoch auch ein Bild in der Kiste gefunden worden, welches mit Blei gezeichnet ist und einen als Demokraten gekleideten Mann darstellt, der einem Andern die Augen aussticht (Gelächter.) Die Person, welcher die Augen ausgestochen werden, ist leicht zu erkennen, aber ich will sie in diesem Saale nicht nennen. (Große Bewegung.) Ich werde das Bild ebenfalls auf das Büreau niederlegen. Wenn gesagt worden, daß die National-Versammlung uns als Hochverräther bezeichnet hat, so ist dies allerdings richtig. Als wir an dem Tage, wo die Verlegung der Versammlung ausgesprochen wurde, den Sitzungssaal verließen, faßte mich ein Abgeordneter an den Schultern und schrie mir das Wort „Hochverräther" in die Ohren. Ich habe aber damals auf diese Bezeichnung eben so wenig Werth gelegt, als auf die jetzt erfolgte Wiederholung des Herrn d'Ester. (Beifall rechts.)

Das Amendement von Altenhoven und Genossen wird mit 178 gegen 159 Stimmen verworfen; das Amendement von Wentzel (Ratibor) wird mit 165 gegen 168 Stimmen ebenfalls verworfen. Der erste Theil des von Unruh'schen Amendements:

„Die Kammer wolle erklären, daß die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammer ungesetzlich ist, und daß die Kammer die Zustimmung zur Fortdauer des Belagerungszustandes nicht ertheilt",

wird mit 184 gegen 139 Stimmen angenommen.

Unter Andern stimmt auch Präsident Grabow für den ersten Theil.

Der zweite Theil des von Unruh'schen Amendements:

„das Ministerium aufzufordern, den über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben",

wird mit 177 gegen 153 Stimmen ebenfalls angenommen.

Stuttgart, 23. April. Ansprache des Königs an die Würtemberger: „Würtemberger! Seit 32 Jahren habe Ich die Geschicke unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe Ich nur Einen Gedanken, nur Eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt! In ernsten und in guten Tagen habt Ihr Mir vielfache Beweise Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unseren Nachbarn und zugleich Mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller Meiner Regierungsmühen, war.

Würtemberger! Die Zeiten sind ernst, das Vaterland, das gemeinschaftliche, was das besondere, ist von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand in Hand gehen.

Wie Ihr, will auch Ich ein großes, einiges und starkes Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen, schweigen.

Die National-Versammlung hat das Verfassungswerk ihrerseits vollendet, allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen Deutschlands zur Zeit noch eine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen Gegenstand besteht. Ich für Meine Person habe eine solche Verwickelung in keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten Klugheit und Vorsicht, so erheischen das wahre Wohl und eine gesicherte Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwickelung derselben mit Ruhe und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf Mein Fürstenwort, es ist weder für Euch, noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Verzuge. Eine vorschnelle Entschlußnahme von unserer Seite würde im Gegentheil die friedliche Lösung der Frage eher verhindern und verzögern, als beenden und fördern. Ohnedies kann und wird die Ungewißheit darüber nicht lange mehr andauern.

Würtemberger, vertraut Eurem Könige, der es wohl mit Euch meint, mißtraut den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wühler, die sich selbst und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden.

Es lebe die deutsche Einheit und die allseitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichsverfassungswerkes.

Wilhelm."

Ludwigsburg, 23. April, Mittags. Se. Majestät der König ist heute in aller Frühe hier angekommen und im Schlosse abgestiegen. Prinz Friedrich folgte später nach. Eine Anzahl Königlicher Wagen mit Mobilien kam ebenfalls von Stuttgart hier an. Heute Abend um 5 Uhr ist das sämmtliche hier liegende Militär in die Schloßhöfe zu einer Musterung bestellt. (D.R.)

Stuttgart, 24. April. Abends 5 Uhr. So eben kommen die Minister von Ludwigsburg von dem König zurück. Der König und die Minister sind über das deutsche Verfassungswerk einig. Die Erklärung des Königs, welche sie mitgebracht haben, lautet also:

Seine Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinen Ministern die deutsche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt dahin instruirt werden, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Majestät der König von Preußen, welcher das Erb-Kaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen für jetzt mit Zustimmung der deutschen National-Versammlung an die Spitze Deutschlands sich stellen wird. Ludwigsburg, 24. April 1849.

Wilhelm.

Frankfurt, 21. April. Es wird berichtet, der König Max von Baiern habe neulich an seinem Hofe zu mehreren Gefügigen gesagt, preußischer Präfekt werde er nicht werden. Es ist nicht zu glauben, daß der König von Baiern eine so unstatthafte Bemerkung gemacht haben kann; indem er sich, was unausbleiblich ist, der deutschen Reichsverfassung unterwirft, verliert Baiern nicht mehr von seiner Selbstständigkeit, als unumgänglich nöthig ist, um die Regierung des Bundesstaates nach Innen und Außen kräftig zu gestalten und so viel müssen Preußen und alle übrigen deutschen Staaten dem Gemeininteresse opfern. Wenn der König von Baiern vorgäbe, kein preußischer Präfekt werden zu wollen, so würde

Baiern, in so fern sein Fürst sein erster Beamter ist, zu einer Preußischen Präfektur herabsinken, sobald es seiner Pflicht entspricht und sich dem deutschen Bundesstaat anschließt. Ist aber eine solche Unterstellung baarer Unsinn, so kann König Max auch nicht die obige Bemerkung über seine künftige Stellung dem deutschen Reiche und seinem Oberhaupte gegenüber gemacht haben. Es ist der angebliche Königl. Ausspruch auf das Gebiet der Mythe zu verweisen. (D. Z.)

Schleswig, 24. April. Gottes Hand ist sichtbar mit uns; er thut gewaltige Schritte, um das unglückselige, jetzt so verhaßte Band zu lösen, was uns an Dänemark gefesselt. Kolding liegt in Schutt und Asche; das heiße, theure Herzblut der Unsrigen ist in Strömen geflossen, aber wir haben gesiegt, die Schlacht ist geschlagen, welche die Personal-Union zerreißen muß. Orla Lehmann, der mit blutigem Schwerte es auf unserm Rücken beweisen wollte, daß wir Dänen wären, sitzt als Gefangener eines schleswig-holsteinischen Dragoners auf dem alten Schlosse unserer eigenen Herzöge, auf Gottorp. „Wie können Sie — soll derselbe zu dem Offizier, der ihn hierher geleitete, gesagt haben — einen wehrlosen Familienvater gefangen nehmen?" „Wie haben Sie, Herr Amtmann, als Minister so viele wehrlose Familienväter wegführen können?"

— Orla Lehmann soll etwas schroff gegen den General Bonin aufgetreten sein, allein dieser bedeutete ihm, daß er nun nicht länger mit Fraktura schreibe, sondern daß es hier heiße: rechtsum, marsch nach Rendsburg! Auch ein Kaufmann Aagaard nebst seinem Commis, die Beide des Mordes an unseren Verwundeten beschuldigt worden, hat man in Kolding erwischt, und sind als Gefangene nach dem Süden transportirt.

Schleswig, 24. April. Die Tapferkeit und Bravour unserer schleswig-holsteinischen Armee am 23sten d. M., dem Jahrestage der Schlacht bei Schleswig, ist bewunderungswürdig gewesen. Mit wahrem Löwenmuth hat unsere Armee, circa 13—14,000 Mann stark, dem überlegenen Feinde gegenüber gestanden; jede einzelne Truppen-Abtheilung ist im Feuer gewesen. Die Hauptschlacht ist bei Vandrup geschlagen, wo das Gefecht unter den Brigadiers O. Baudissin und Sachau mehrere Stunden unentschieden stand. Die Höhe vor Kolding wurde indessen von einem unserer dort kommandirenden Brigadiers gehalten, und nachdem Kolding im Sturm wieder genommen, fielen die Unsrigen dem Feinde in die Flanke und entschieden die Schlacht zu unsern Gunsten. Eine Menge Gefangene sind in unsere Hände gefallen, außerdem eine nicht unbedeutende Anzahl von Husarenpferden erbeutet. Die erste Brigade und die Kavallerie verfolgt den geschlagenen Feind.

Flensburg, 24. April. Der Kampf in und bei Kolding war ein bedeutender und sehr blutiger. 120 Leichtverwundete sind aus der Affäre nach Hadersleben, 150 Schwerverwundete nach Christiansfeld gebracht. Die deutschen Vorposten stehen zwischen Kolding und Veile, wie es heißt, anderthalb Meilen jenseits ersterer Stadt.

— Heute früh sind preußische Husaren hier durch gegen Norden marschirt. Eingetroffen sind hier wieder 13 Stück schweres Geschütz, sämmtlich oder größtentheils von Eckernförde gekommene Schiffs-Kanonen, auch eine baierische Munitions-Colonne. Ein Blockhaus ist hier bereits von den sächsischen Pionieren gezimmert und nach Sundewitt expedirt, noch mehrere werden von hier aus fördersamst folgen. Die Blockhäuser gehen von hier per Floß ab, wie andere nach Sundewitt und den angrenzenden Distrikten bestimmte Armeebedürfnisse zu Schiff, da unser Hafen innerhalb Sandacker jetzt durch die stark mit Geschütz versehene dortige Schanze gegen Besuche von den Dänen wohl verwahrt ist.

Altona 26. April. Unsere Bataillons, die in Kolding selbst standen, hatten die Instruktion, dasselbe bei einem Angriffe der Dänen zu räumen und ihre Position auf einer Anhöhe zu nehmen. Hier kommandirte der Preußische Major St. Paul, der von General Bonin den Befehl hatte, wo möglich die Position so lange zu behaupten, bis er — Bonin — in den Stand gesetzt sein würde, ihm Succurs zu senden. St. Paul erwiederte, nicht nur die Position zu halten würde ihm möglich sein, sondern er hoffe auch, binnen kurzer Zeit wieder in Kolding zu sein. Durch ein Mißverständniß waren die Geschütze, von denen nur wenige zur Stelle waren, noch in Christiansfelde, welches Bonin einen Flankenangriff, den er auf den rechten Flügel der Dänen versuchte, sehr erschwerte, da er einen heftigen Widerstand daselbst fand. Allein der tapfere St. Paul, der inzwischen sein Wort gelöst und Kolding im Sturm genommen hatte, machte es möglich, daß ein glänzender Angriff auf den linken Dänischen Flügel erfolgen konnte, welcher die Schlacht entschied. Die Stadt Kolding ist jetzt von den meisten Einwohnern verlassen und bietet einen schaudererregenden Anblick dar.

— Für 12,000 Mann Preußen ist in Hadersleben Quartier angesagt. Hiermit sind alle die Gerüchte, daß die Preußen Ordre haben, nicht in Jütland einzurücken, aufs Bündigste widerlegt, 63 Verwundete wurden gestern nach Hadersleben gebracht. Ueber die Zahl der Verwundeten und Todten unserer Seits wissen wir noch nichts Bestimmtes. So viel steht fest, daß dieselbe nicht unbedeutend sein wird. Unsere Artillerie hat 50 Pferde verloren. Ein Schreiben aus Christiansfeld berichtet, daß die Unsrigen bis Veile patrouillirt haben, aber nirgends den Feind gefunden. Man muthmaßt, daß er sich nach Friedericia, woselbst mehrere Truppen von Alsen übergeschifft worden sind, zurückgezogen, und daselbst den Angriff der Deutschen erwartet, der vielleicht schneller, als man glaubt, erfolgen wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. April. Der Kaiser Nicolaus soll Friedrich VII. einen Brief geschrieben haben, worin er ihm die Adoption seines Schwiegersohnes des Herzogs von Leuchtenberg freundschaftlich ans Herz legt. Es ist dabei nicht zu leugnen, daß, wie die Sachen gegenwärtig stehen, dieser Thronbewerber leicht die öffentliche Stimmung für sich gewinnen könnte, um so mehr, als man sich dem Hessen, Oldenburger oder gar einem Koburger nur widerstrebend hingeben würde. — Fridericia ist in Belagerungszustand erklärt worden.

— Ein Holländischer General v. Omphal ist hier angekommen, ohne daß sein Reisezweck bekannt geworden zu sein scheint.

Oesterreich.

Wien, 24. April. In wohlunterrichteten Kreisen sieht man das Projekt einer österreichisch-russisch-französisch-italienischen Allianz immer mehr seiner Verwirklichung entgegenreifen und ein Zurückkommen auf ein Continentalsystem in Annäherung des Napoleonischen gehört nicht zu den Unmöglichkeiten.

— Ueber den Selbstmord des Professor Endlicher erfährt man nachträglich, daß dieser durch Injektion von Blausäure, und aus Anlaß von an selbem Tage fälligen Wechseln über 18,000 Fl. erfolgte. Baron B...., der in den Oktobertagen Papiere, im Werth von 25,000 Fl., am sichersten zu bergen glaubte, wenn er sie seinem Freunde Endlicher zum Vergraben im botanischen Garten übergab, verliert dieses ganze Kapital, da Endlicher noch an demselben Tage die Papiere einem bekannten Wechsler verkaufte.

— Die „gemeinsame öffentliche Religionsübung" scheint im österreichischen Kaiserstaate noch immer nicht durchwegs Eingang gefunden zu haben; denn aus Olmütz schreibt man, daß die Christen Augsburgischer Confession Sonntag am 15ten d. M. einen Gottesdienst in der ihnen zu diesem Behufe eingeräumten Kapelle abhielten, daß aber der auf die Gasse mündende Eingang wie früher abgesperrt war.

— Der „Lloyd" bringt einen vom 21sten April aus Pesth datirten Brief, worin es heißt: „Wir athmen nun wohl wieder etwas freier, seitdem der Kriegsschauplatz nicht mehr vor unsern Thoren, allein anstatt des Kanonendonners treten nun Gerüchte ein, die uns nicht minder ängstigen; so ie haben das vor dem Kanonendonner voraus, daß ihr Wirkungskreis ein unendlich größerer, in dem einen Augenblicke z. B. von Gran her, in dem nächsten von der Bacska aus uns bestürmen. So sollen in der Nacht vom 19. auf den 20. die Ungarn mit Uebermacht unsere Truppen in Gran überfallen und hinausgedrängt haben, und Jemand, der gestern früh von Gran hierher reiste, erzählte, daß der Kampf noch fortdauere. Auch gestern durch Dampfer von der oberen Donau her angekommene Verwundete und fortwährende Truppenmärsche aus dem Lager von Pesth nach Ofen scheinen dies zu bestätigen. Gleichzeitig wird vielfach berichtet, daß Perczel in Vukovar nicht nur ohne allen Widerstand eingerückt, sondern auch bereits daselbst eine Restauration einberufen habe. Indeß darf uns dies nicht sehr befremden, da Vukovar seit Langem mit den Rebellen liebäugelte und so manche seiner Bürger bei einem Siege der Serben nicht wenig zu fürchten hatten. Mehr als die Huldigung Vukovars betrübt uns die Nachricht, daß die Serben, wie dies im Leben oft der Fall, die Schuld ihrer traurigen Lage von sich ab auf die Schultern der kaiserlichen Offiziere wälzen, und auf diese Weise eine bedeutende Mißstimmung gegen uns, gegen diejenigen, welche ihnen in den blutigsten Schlachten zur Seite gestanden, hervorrufen. Ja, darf man einzelnen Aussagen Vertrauen schenken, so ist diese Mißstimmung auch bereits hier und da zu Thätlichkeiten ausgeartet, denen manche unserer Offiziere als Opfer fielen. — Nachmittags halb 2 Uhr. Es werden eine Menge Pferde requirirt, Alles zieht nach Ofen. Es muß was Bedeutendes vorgehen."

— Alle Nachrichten, welche uns über die Truppenbewegungen der Oesterreicher zugehen, deuten darauf hin, daß Welden jetzt denselben Operationsplan in Ungarn zu befolgen gedenkt, welchen Radetzky im vorigen Jahre nach der Räumung Mailands befolgte. Wie der Marschall damals die meisten Städte der Lombardei nach kurzem Widerstande aufgab und seine ganze Truppenmacht in und um Verona konzentrirte, von wo er dann nach herbeigezogenen Verstärkungen dem Feinde in offener Feldschlacht entgegenrückte, so scheint auch Welden jetzt dem Zersplitterungssystem des Fürsten Windischgrätz ein Ende machen und seine ganze Heeresmacht an einem Punkte zusammenziehen zu wollen.

Der Zustand der österreichischen Armee in Ungarn wird uns von kundiger Hand als ein sehr trauriger geschildert. Es fehlt an Proviant und Bekleidung, alle Zufuhr ist abgeschnitten und mehr noch als durch die Kugeln der Feinde werden die Reihen des Heeres durch bösartige Krankheiten gelichtet. Dieser trostlose Zustand wird immer schlimmer werden, je näher die warme Jahreszeit heranrückt. Dagegen wächst die Macht der Insurgenten von Tage zu Tage, und die erfahrenen Anführer des ungarischen Heerbanns werden die Konzentrations-Pläne Weldens zu durchschauen und zu vereiteln wissen. Nur eine Hoffnung hat Oesterreich noch: die Hülfe der Russen und die im eigenen Heerlager drohende Zersplitterung der leitenden Kräfte. Die wiederholten Gerüchte, daß zwischen den polnischen und magyarischen Heerführern kein rechter Einklang mehr herrsche, scheinen sich zu bestätigen. Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um die Ursachen zu errathen. Daß die Polen den Aufstand der Magyaren nur unterstützten, um selbst Vortheil daraus zu ziehen, daß sie den fremden Krieg nur als ein Mittel betrachten, um selbst Macht zu erlangen und die Sache Ungarns mit der Sache Polens zu identifiziren, leuchtet ein. Der ehrgeizige Kossuth hingegen, eifersüchtig auf das überwiegende Ansehen der polnischen Heerführer bei der ungarischen Armee, sucht sich eine neue Partei zu bilden, um den Einfluß Bem's und Dembinski's zu paralysiren. So könnte leicht eine für Oesterreich günstige Spaltung im ungarischen Heerlager erzeugt werden.

— Aus sicherer Quelle wissen wir, daß die oft gemeldete und oft widersprochene Nachricht eines österreichisch-russischen Bündnisses sich bestätigt. Stadion soll sich mit aller Kraft dagegen gesträubt haben, wie früher Schwarzenberg sich sträubte gegen die Abberufung des Fürsten Windisch-Grätz aus Ungarn. Dies die Ursache der wirklich stattgefundenen Spaltung im Ministerrathe von Olmütz. Der Ministerpräsident wollte nicht in die Abberufung willigen, da Windisch-Grätz ein naher Verwandter von ihm ist und er den Stolz des Fürsten zu beleidigen fürchtete. Erst als durch den Fall von Hermannstadt Siebenbürgen verloren ging, und befürchtet werden mußte, daß auch in Galizien der Aufruhr ausbrechen werde, wurde ein Uebereinkommen in der Art getroffen, daß Stadion in das Russenbündniß und Schwarzenberg in die Abberufung Windisch-Grätz's willigte. Die Bedingungen, unter welchen Rußland seinen Beistand zusagt, sind ein strenges Geheimniß. Bestimmt wissen wir, daß in kurzer Zeit 40,000 Russen aus den Donaufürstenthümern in Siebenbürgen einrücken werden, während man andere 40,000 Mann zur Deckung Galiziens an den Grenzen dieses Landes aufzustellen beabsichtigt. Ferner soll ein Observations-Korps bei Krakau aufgestellt werden, um etwaigen Gelüsten der Ungarn und Polen, dort und nach Schlesien einzubrechen, einen Damm entgegenzusetzen. (D. Ref.)

Wien, 24. April. „Der Lloyd" hat über die Kriegsereignisse in Ungarn heute nichts weiter als Folgendes vorzubringen: Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß Ofen von den Kaiserlichen Truppen nicht geräumt worden ist.

Zugleich kommt uns ein Gerücht zu Ohren, welches wir nicht verbürgen wollen, das uns aber glaubwürdig erscheint, nach welchem Ofen überhaupt nicht geräumt werden soll.

Ungarn. Ueber den neuesten Stand der Dinge in Ungarn enthält der „Wiener Geschäftsbericht" vom 25. April datirt folgende Andeutungen, die freilich auch noch keine klare Einsicht in die dortigen Verhältnisse verstatten. Es heißt: Beruhigung gewährte schon die gestern Abend offiziell gegebene Kunde über Fortbesetzung Ofens durch die K. K. Truppen und ununterbrochene Beschießung Komorns. Einer sicheren Quelle entnehmen wir heute die erfreuliche Nachricht, daß Feldmarschall-Lieutenant Wohlgemuth den ungarischen General Görgey aufs Haupt geschlagen hat; weiterhin verlautet, daß eine in Komorn gefallene Bombe daselbst sehr große Verheerungen angerichtet habe. — Gegen Malghera hatten die Ope-

rationen begonnen, was zur irrig verbreiteten Nachricht der Einnahme Venedigs veranlaßte. Nach der heutigen ostdeutschen Post hätte sich das Ministerium entschieden, die russische Intervention in der österreichisch-ungarischen Frage abzulehnen. — Es sollen 7te Bataillons bei den Infanterie-Regimentern gebildet werden.

— Ein Gerücht will wissen, Kossuth habe dem Kaiser Ferdinand 480,000 St. Dukaten, als die Hälfte der ihm zustehenden Civilliste, nach Prag überschickt. Mit dieser Sendung soll die vom Kaiser Ferdinand nach Olmütz unternommene Reise in Verbindung stehen. Wenn es übrigens auch wahr sein mag, daß Kossuth und seine Partei vorgeben, für Ferdinand V. und die von ihm verliehene Constitution zu kämpfen, so ist doch das erwähnte Gerücht so haltlos, daß ihm nicht im geringsten Glauben geschenkt werden kann.

Italien.

Turin, 19 April. Die Nachrichten über den Stand der Unterhandlungen zwischen der Königl. Regierung und Oesterreich zu Mailand sind außerordentlich widersprechend. Man redet von ungeheuren Forderungen, die Oesterreich neuerdings gestellt: 250 Millionen Kriegskosten, Revision der Verfassung, Besetzung von Alessandria und einiger Forts bei Genua. Ja, man wollte wissen, daß die Oesterreicher bereits vor Alessandria erschienen wären, daß der sardinische Vice-Admiral Albini die österreichische Flotte im Hafen von Pirano blockire, daß die Divisionen der französischen Alpen-Armee bereits Befehl zum Vorrücken erhalten hätten. Dagegen erklärt der ministerielle Saggiatore: die Unterhandlung wegen der Besetzung von Alessandria habe nichts Bedrohliches und redet von Uebelwollenden, die schlimme Gerüchte zu verbreiten sich bemühten. Die „Opinione" dagegen behauptet, daß wirklich Grund zu ernsten Besorgnissen vorhanden, daß die Friedensunterhandlungen auf dem Punkt ständen, sich zu zerschlagen und daß die Wiener Blätter zu den größten Befürchtungen Anlaß gäben.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 19. April. Daß Rußland die Absicht hegt, einen Feldzug von Polen aus vorzubereiten, scheint unter Andern auch aus dem Bau der Schiffbrücke bei der Festung Nowo-Gierogiewsk (Modlin) über die Weichsel hervorzugehen, der jetzt mit sehr großem Eifer betrieben wird. Bekanntlich ist die Vermehrung der Zahl der Uebergänge über die Weichsel in Polen von großer strategischer Wichtigkeit, welche die Russen noch aus dem Kriege von 1831 recht gut kennen. Die Brücke bei Modlin kann durchaus keinen andern als einen strategischen Zweck haben, da durch jene Festung keine Handelsstraße führt, und wohl die Anlegung einer solchen durch dieselbe keineswegs beabsichtigt werden wird. (Schl.Z.)

Offene Erklärung

des constitutionellen Vereins zu Stettin über die deutsche Kaiser-Frage.

Gegenüber den vielfachen Angriffen, welche das Verhalten unserer Regierung in Betreff der unserm Könige von der Frankfurter National-Versammlung angebotenen deutschen Kaiserkrone erfahren hat, hält der unterzeichnete Verein sich zu folgender offenen Erklärung verpflichtet.

Auch wir erstreben ein einiges Deutschland in einem constitutionell-monarchischen Bundesstaate, wir halten dazu die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserthums für nothwendig und sind überzeugt, daß die deutsche Kaiserkrone nur unserem Königshause, dem ruhmreichen ächtdeutschen Hause der Hohenzollern zufallen darf und ihm erblich verbleiben muß. Wir glauben aber, daß der in Frankfurt a. M. neuerlich eingeschlagene Weg zu diesem Ziele nicht führen kann und zum Heile Deutschlands nimmermehr gereichen wird.

Die Frankfurter Nationalversammlung, durch den Bundesbeschluß vom 7ten April v. J. berufen, die Verfassung Deutschlands gemeinsam mit den deutschen Regierungen festzustellen, hat ihre Befugnisse überschritten, als sie einseitig die von ihr entworfene Verfassung, ohne gehörige Beachtung der nach deren ersten Lesung von den Regierungen gemachten Vorschläge, sogar mit willkürlichen und wesentlichen Aenderungen bei der zweiten Lesung, als deutsche Reichsverfassung verkündigte und erklärte, daß daran unumstößlich festgehalten werden müsse. Die Versammlung befand sich dabei um so mehr im Unrecht, als die von ihr verkündigte Verfassung von vornherein an Nichtigkeiten litt. Denn in den erheblichsten Punkten empfing sie ihre jetzige Gestalt gerade von solchen Abgeordneten, deren Land und Regierung sich in keiner Weise ihr unterwerfen wollen und werden, die also zur Mitschaffung gar nicht berechtigt waren. Der Zweck der Mitarbeit dieser Unbefugten läßt sich kaum anders erklären, als daß sie das Werk, welches nun einmal nicht zu hindern war, nach Möglichkeit verderben wollten, und das ist ihnen leider, mit Hülfe der darin ihnen verbündeten demokratischen Abgeordneten, nur zu sehr gelungen. So ist eine Verfassung zu Stande gebracht, die, wenn sie ungeändert Gültigkeit für Deutschland erlangen sollte, dies unser theures Vaterland einer vollständigen Auflösung entgegenführen und zur leichten Beute der mächtigen Nachbarn werden lassen würde.

Ohne auf sämmtliche Mängel der Verfassung einzeln einzugehen, heben wir, als jedenfalls darin verwerflich, hervor:

1) die thatsächliche Unrichtigkeit des §. 1, wonach deutsche Bundesländer, z. B. Oesterreich, Limburg, Lichtenstein, die entschieden nicht zum deutschen Reich gehören werden, für Theile desselben gehalten werden müssen;
2) die willkürliche und ungerechtfertigte Vertheilung der Stimmen im Staatenhause — §. 87 — bei der man eine absichtliche Benachtheiligung Preußens nicht verkennen kann;
3) das im Widerspruch mit den Grundsätzen einer wahren konstitutionellen Monarchie dem Kaiser beigelegte nur suspensive Veto im §. 101 und 196, gegenüber dem absoluten Veto des Volkshauses und des Staatenhauses;
4) das Wahlgesetz für das Volkshaus, welches gerade den Besitzlosen und Ungebildeten die überwiegende Entscheidung über Deutschlands Geschicke in die Hand legt und bei geheimer Abstimmung den Wühlereien der Umsturzpartei freien Spielraum läßt.

Wir verlangen ferner noch jedenfalls

5) eine Erläuterung des §. 69, weil daraus die für Preußen nur mögliche agnatische Linealsuccession in die Kaiserkrone nicht mit genügender Gewißheit erhellt,

und dürfen endlich nicht unerwähnt lassen, daß Bestimmungen, wie der §§. 116—118,
wonach die Abgeordneten, selbst wenn sie entehrende Verbrechen begehen, über das Gesetz gestellt werden;

des §. 119,
wonach die Abgeordneten ein Privilegium zu Injurien erhalten;

des §. 139,
wonach die Todesstrafe, ohne ersetzende Maßregeln gegen Kapitalverbrechen, abgeschafft wird,

und dergleichen mehr, als unverträglich mit einem wohlgeordneten Staate der Abänderung benöthigt sind.

Eine solche Verfassung, in Form und Wesen an unheilbaren Mängeln leidend, konnte unser König nicht unbedingt annehmen, zumal die dafür gebotene deutsche Kaiserkrone, welche ihm nach dem Gange der Geschichte dennoch zufallen wird, jetzt nur einen Schein der Macht, nicht aber eine solche in That und Wahrheit gewährt. Dafür durfte er sein herrliches Preußen, die beneidetste Großmacht Europa's, nicht in Deutschland aufgehen lassen und so der Vernichtung preis geben. Er hat es auch nicht gethan und hat hierdurch Preußen und Deutschland einer besseren Zukunft gerettet. Wir erkennen das dankbar an und stimmen aus vollem Herzen den Erklärungen bei, die Seitens unserer Regierung der Frankfurter Versammlung auf ihre Anträge geworden, ohne jedoch dabei den Wunsch zu unterdrücken, daß sie baldigst öffentlich aussprechen möge, welche Mängel im Einzelnen sie an der von der Frankfurter Versammlung beschlossenen Verfassung beseitigt verlangt, um dem König zur Annahme der dargebotenen Krone anräthig sein zu können.

Diese unsere Ueberzeugungen theilen mit uns, deß sind wir gewiß, Alle, die es mit Preußen ehrlich meinen und ein starkes einiges Deutschland wollen, und werden das mit uns, sobald es noth, durch die That bekräftigen.

Stettin, den 26sten April 1849. Der konstitutionelle Verein.

Getreide-Berichte.

Stettin, 27. April.

Weizen, nach Qualität 54—60 Thlr.

Roggen, in loco und auf baldige Lieferung 24 a 24½ Thlr. bezahlt; pro Frühjahr 24⅕—24⅓ Thlr., pro Juni—Juli 24¾ a 24½ Thlr., und zuletzt wieder 24¾ Thlr. bez., pro Juli—August für 86pfd. Waare 26 a 26¼ Thlr., und pro Sept.—Oktbr. 27 Thlr bez.

Gerste, 20—22 Thlr. Hafer, 14—15½ Thlr. bezahlt.

Leinöl, in loco 11⅔ Thlr. ohne und 12 Thlr mit Faß bezahlt.

Rüböl, rohes, pro April 14½ Thlr., pro April—Mai 13⅔ Thlr., pro Juni—Juli 12⅔ a 12¾ Thlr., und pro Sept.—Oktbr. 12 Thlr. bez.

Spiritus, roher, 24¾ % ohne und 25 % mit und ohne Faß bez.; 24¾ % pro Frühjahr regulirt; pro Juni—Juli 24¼ %, und pro August 22¾ % bez.

Berliner Börse vom 27. April.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	101¾	100¼		Pomm. Pfdbr.	3½	—	92	
St. Schuld-Sch.	3½	80	79½		Kur-&Nm.do.	3½	93¼	—	
Seeh. Präm-Sch.	—	100⅝	100⅛		Schles. do.	3½	—	—	
K. & Nm. Schldv.	3½	—	—		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	98¾	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	88¼	87¼	
Westpr. Pfdbr.	3½	86¼	85¾						
Grosh. Posen do.	4	—	96⅛		Friedrichsd'or.	—	13 7/12	12 1/2	
do. do.	3½	80⅝	—		And. Gldm. a 5 tlr.	—	12 11/12	12 8/12	
Ostpr. Pfandbr.	3½	90½	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	90½	89¾
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	73⅝	—
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	97¾	97⅛
do. Stiegl. 2 4 A.	4	85⅝	85⅛		Hamb. Feuer-Cas	3½	—	—
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	—	105⅛	Holl. 2½ o/o Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz O	4	69¼	—		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	27¼
do. do. Cert. L. A.	5	81¾	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	15¾
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	7¾	77½ bz.
do. Hamburg	4	2½	53 G.
do. Stettin-Stargard	4	6	86¾ B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	53 B.
Magd.-Halberstadt	4	7	113 B.
do. Leipziger	4	15	—
Halle-Thüringer	4	—	50 B.
Cöln-Minden	3½	—	77 B
do. Aachen	4	4	47 B.
Bonn-Cöln	5	—	103 G.
Düsseld.-Elberfeld	4	4½	—
Steele-Vohwinkel	4	—	—
Niederschl. Märkisch.	3½	—	72½ B.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	3½	6	92⅝ G.
do. Litr. B.	3½	6	92⅝ G.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	5	78 G.
Krakau-Oberschles.	4	—	34½ G.
Bergisch-Märkische	4	—	54¼ G.
Stargard-Posen	3½	—	71⅞ B. 71⅝ G.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	34a33¾ bz.

Prioritäts-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl-Anhalt	4	87 B.
do. Hamburg	4½	91½ bz.
do. Potsd.-Magd.	4	84 B.
do. do	5	94 G.
do. Stettiner	5	102½ G.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4½	86¼ B.
Cöln-Minden	4½	93 B.
Rhein. v. Staat gar.	3½	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	86½ B.
do. do.	5	99 B.
do. III. Serie.	5	94 B.
do. Zweigbahn	4½	—
do. do.	5	78½ B.
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	—
Steele-Vohwinkel	5	88 G.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Risa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	—
Amsterdam-Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	32 G.

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schultz & Comp.

April.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	27	336,10'''	336,08'''	335,85'''
Thermometer nach Réaumur.	27	+ 8,4°	+ 16,5°	+ 10,7°

Beilage.

99

Beilage zu No. 98 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Freitag, den 27. April 1849.

Deutschland.

Berlin, 26. April. Gestern Abend kam Se. Königl. Hoheit der Prinz August von Würtemberg von Potsdam hier an.

— Es hat sich bis jetzt nicht bestätigt, daß der Minister des Auswärtigen, Graf Arnim, seine Entlassung genommen habe.

— Bereits stehen 14 kleinere Staaten mit Preußen in Unterhandlung, wegen Einverleibung ihrer Truppen in die preußische Armee und Reorganisation derselben nach preußischem Muster.

— In der Küche einer Restauration hinter der Spittelmarktskirche erhielt gestern ein Mensch auf sein rührendes Bitten von der Köchin etwas Essen. Zum Dank dafür stahl er derselben ein großes wollenes Umschlagetuch, wurde aber auf der Friedrichsgracht von einem Schutzmanne verhaftet.

— Gestern bekam unter den Linden ein galanter Herr, der viel bei Caspary verkehrt (starker Bart, dunkler Paletot, Klemmlorgnette, Stock mit ciselirtem Silberknopf), von einer Dame, die mit einer Freundin promenirte, eine solche Ohrfeige, daß der Hut mehrere Schritte fortflog. Der Ritter hatte die Damen verkannt. Anstatt sich zufrieden mit dem Empfangenen zu begnügen, wollte der arme Gekränkte die Dame arretiren lassen, wurde aber hierin von dem bravorufenden Publikum verhindert, und mußte, um sich der höhnenden, verfolgenden Menge zu entziehen, per Droschke verschwinden.

— Das Harkortsche Comité zur Unterstützung der Angehörigen der in Berlin, Schleswig, Posen und Frankfurt Gebliebenen hat seine Sammlungen nach Einnahme einer Summe von 23,115 Thlr. geschlossen. Es sind bis jetzt 96 Soldaten und 16 Familien von Gestorbenen mit 17,900 Thalern unterstützt worden. Es bleiben für weitere Unterstützungen also noch circa 5200 Thaler übrig. (N.Pr.Z.)

— Gestern Nachmittag 2 Uhr ist auf Verfügung des Polizei-Präsidenten von Hinkeldey die Reichardt'sche Buchdruckerei in der neuen Friedrichsstraße zum zweiten Male versiegelt worden. Grund ist diesmal, daß mit der Reichardt'schen Druckfirma erschienene „Laternenlied" oder „Populärer Gassenhauer." Wie man hört, soll Reichardt's Firma gemißbraucht sein. — Am 24. April ist von den Schutzmännern eine Freifrau v. B., geborne Gräfin v. A., wegen Betteln's verhaftet worden. Sie soll des Vergehens geständig sein. — Dem Präsidenten v. Grolmann sind durch gewaltsamen Einbruch Sachen und Gelder im Werthe von 400 Thlr. entwendet worden. Von den Dieben ist keine Spur.

— Aus dem Großherzogthum. Am 17. April Abends um die 7te Stunde kam ein 4spänniger Wagen durch Neustadt bei einem einzelnen Posten vorgefahren; aus demselben stieg ein Herr, der sich der Schildwache, einem Soldaten des 5ten Infanterie-Regiments, als früherer Militair zu erkennen gab und gesprächsweise sie ersuchte, ihm einmal ihr Gewehr zu zeigen. Der Soldat entgegnete, daß ihm dies verboten sei, worauf der Unbekannte mit einem bis dahin verborgenen Messer ihm einen Schnitt über die Hand beibrachte, von demselben aber als Gegengruß einen Bajonettstich in den Leib erhielt. Der wackere Posten erzählt: „Darauf schien dem Herrn sehr unwohl zu werden, mit Hülfe seines Kutschers gelangte er sehr eilig in seinen Wagen, der im gestrecktesten Trabe davon fuhr." Der Thatbestand ist dem General-Kommando in Posen berichtet. Lauten im Allgemeinen die Nachrichten aus der Provinz auch friedlich, so ist hieraus doch zu ersehen, daß der Bevölkerung noch immer nicht zu trauen ist. (W. Z.)

Köln, 23. April. Nach den neuesten hier eingegangenen Nachrichten wird das Füsilier-Bataillon des hier garnisonirenden 29sten Infanterie-Regiments nach Aachen verlegt, und das in Jülich garnisonirende Bataillon des 28sten Regiments in den nächsten Tagen nach Kreuznach marschiren. Die Besetzung der französischen Grenze soll wieder verstärkt werden; wie wir vernehmen, soll namentlich die Umgegend von Kreuznach militärisch stärker besetzt werden. Ob einige Regimenter aus den alten Provinzen nach den Rheinprovinzen detachirt werden, darüber sind bestimmte Nachrichten noch nicht eingegangen, dahingegen werden das 26ste und 27ste wohl fernerhin in der Rheinprovinz verbleiben. (D.R.)

Dresden, 25. April. Wir befinden uns mitten in der ernstesten Minister- oder, je nachdem es kommt, Kammer-Krisis. Dieselbe scheint jedoch durch irgend etwas in ihrem naturgemäßen Verlaufe gestört worden zu sein. Nachdem nämlich beide Kammern, die erste wegen dessen Verfahren in der Blum'schen Angelegenheit, die zweite auch wegen dessen „sonstiger Haltung", dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben, nachdem die 2te Kammer zwar die Steuern bis Ende September bewilligt, aber den Finanzminister noch in Anklagestand zu versetzen beschlossen hatte, erwartete man allgemein, daß nun ohne Säumen die Erste Kammer durch irgend einen Schritt in der Steuerfrage die Sache zur Entscheidung bringen werde. Nichts von dem Allen. Die neueste Sitzung bringt nur Gegenstände von verhältnißmäßig untergeordneter Wichtigkeit. (D.Ref.)

München, 23. April. Es bereiten sich hier sehr wichtige Dinge vor. Die Gesandten von Rußland, Hannover, Würtemberg und Oesterreich sind hier in dem ungewöhnlichsten Verkehr mit dem Königl. Hofe und dem Ministerium. Der König selbst hat es auf einem der Hoffeste mit Bestimmtheit ausgesprochen: er werde kein preußischer Präfekt werden. (Also doch!) Auf die entente cordiale der Kabinette von Olmütz, München, Hannover, und Würtemberg gründet sich einzig auch das neueste Auftreten des Königs von Würtemberg. Schon vernimmt man den Siegesruf unseres Hofblattes, der Neuen Münchener Zeitung, die in ihrer neuesten Nummer vom 22sten d. M. ausruft: „Wer jetzt noch wagen sollte, von einer unbedingten Unterwerfung unter Frankfurt zu sprechen, würde in Baiern wenigstens sicher als ein Partisan des preußischen Sonderbundes behandelt werden ..... unbehindert durch kleinliche Rücksichten trete die baierische Regierung den Königreichen Deutschlands voran, gestützt auf das Recht und die Einheit des ganzen Deutschland. In Oesterreich weiß man, daß Baiern jetzt eine europäische Bedeutung habe, und wer das Recht und den Muth auf seiner Seite hat, hat gewiß keine verlorne Stellung. „Das heißt doch aus der Schule schwätzen; die europäische Bedeutung wird sich bald in das auflösen, was sie ist, eine kindische Einbildung und eine gefahrlose Drohung. Diese Fanfaronade würde noch einen Sinn haben, wenn das baierische Volk dahinter stände. Ganz Franken, die Pfalz, Schwaben wollen nur vom Anschluß an Frankfurt wissen. Es ist wohl vorzugsweise auf Altbaiern gemünzt; doch selbst da steht man mit geringer Ausnahme zur Reichsverfassung und hier in München ist vollends nichts auszurichten. (D.Ref.)

— In Regensburg ist am 23sten d. in einer Volksversammlung eine Adresse an den König beschlossen worden, worin die Unterzeichner die Ueberzeugung aussprechen, daß die weitgrößte Mehrheit des bairischen Volks in der National-Versammlung das vollberechtigte Organ anerkenne, um der Zukunft Deutschlands die gesetzliche Grundlage zu geben. Mit dem Erb-Kaiserthum scheinen die Unterzeichner zwar unzufrieden; „wie aber auch die Oberhauptschaft Deutschlands sich gestalten mag, auf Ew. Majestät Königliches Wort berufen wir uns kühn und muthig, aber auch mit fester Zuversicht; es lautet: Alles für mein Volk, Alles für Deutschland."

Würzburg, 23. April. Gestern Nachmittag fand im Garten des „Römischen Kaisers" dahier eine Volksversammlung statt, um über eine Adresse an den König zu berathen, worin um unverzügliche Einberufung der Kammern gebeten wird. (N.W.Z.)

München, 24. April. Wie wir vernehmen, ist gestern eine bestimmte Erklärung Baierns in Betreff der deutschen Verfassungsfrage nach Frankfurt abgegangen.

Von der Lahn, 16. April. Aus Coblenz erfährt man wiederholt, daß im dortigen Schlosse Vorrichtungen zum Empfang eines erlauchten Gastes getroffen werden, und man benützt diesen Umstand zur bestimmten Erneuerung des Gerüchtes, daß König Friedrich Wilhelm doch wohl noch unvermuthet am Rheine erscheinen und Frankfurt mit einem Besuch überraschen könnte. Daß dieser schwerlich einen andern Zweck hätte, als den seit dem 3ten d. M. geschlungenen Knoten mit rascher Hand zu lösen, bezweifelt Niemand. (F. J.)

Hanau, 23. April. Dem Vernehmen nach wird sich schon in den nächsten Tagen eine Freischaar von 500 wohlbewaffneten Männern von hier aus nach Württemberg in Bewegung setzen. Auch aus anderen Städten (namentlich von Frankfurt, Mainz, Darmstadt, Mannheim und Heidelberg) vernimmt man, daß bewaffneter Zuzug zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung vorbereitet wird.

Schweiz.

Bern, 19. April. Sie erinnern Sich der letzthin vom Bundesrathe verlangten Ausweisung des deutschen Revolutionäres Karl Heinzen durch die Regierung von Genf und daß diese im Gegentheil statt Heinzen einen Hrn. v. Röder, preußischen Gardehauptmann und Gouverneur des Prinzen Alexander, auswies. Bekanntlich erhob Freiherr v. Sydow, Königlich Preußischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft, deßwegen Reclamation beim Bundesrathe und forderte Genugthuung. Der Bundesrath hat die Beschwerdeschrift nun beantwortet, und zwar in dem Sinne: Auf die vom Staatsrathe von Genf der Bundes-Behörde gegebenen Aufschlüsse, in Betreff der Ausweisung des Hrn. v. Röder aus Genf, erklärt der Bundesrath, es könne der Beschwerde des preußischen Gesandten keine Folge gegeben werden, in Betracht, daß sehr gravirende Thatsachen Hrn. v. Röder zur Last fallen und dessen Ausweisung begründeten; ferner könne Hrn. v. Sydow auch aus dem Grunde nicht entsprochen werden, weil keine Verträge über diesen Punkt zwischen der Schweiz und Preußen bestehen und sich daher das Benehmen einer Regierung nach allgemein geltenden Grundsätzen des internationalen Rechtes zu richten habe gegenüber von Landesfremden, die sich in politische Umtriebe verwickeln.

— Radetzky und Victor Emanuel haben zwar Frieden geschlossen, in Freiburg im Uechtlande dauert aber der Kampf zwischen Oesterreichisch und Italiänisch Gesinnten immer noch fort; zu Dutzenden, ja zu Hunderten, rückt man sich gegenseitig mit Prügeln und Messern zu Leibe, und die schwache Regierung — was kann sie anders, als eben Partei für ihre Partei nehmen? Sie mag denken, eine schlechte, eine wankende Stütze ist besser, als gar keine. Die öffentlichen Zustände des Cantons sind in jeder Beziehung höchst traurig, wie es nicht anders sein kann, wenn die Tendenz der Regierung — mag sie übrigens noch so lobenswerth sein — mit der Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung schnurstracks im Widerspruche steht.

Frankreich.

Paris, 24. April. Paris und die Franzosen müssen immer was Besonderes haben, jetzt sind die sogenannten parlamentarischen Skandale an der Tagesordnung; diese bestehen darin, daß die Herren Volksrepräsentanten von der Tribüne herab sich allerlei schmutziger, oder leichtsinniger Handlungen beschuldigen, Erklärungen fordern, Erklärungen geben und verweigern, und am Ende auf Pistolen sich duelliren, wo möglich aber im Regen, damit die Pistolen nicht losgehen und die Unverletzlichkeit des Volksvertreters gesichert bleibt. Da haben wir denn gehabt und haben in der neuesten Zeit die Skandale Denjoy-Rollin, Poies-Raspail, Rollin-Delamarre, Goudchaux-Favre u. s. w. Nur dieser parlamentarischen Skandale wegen wird die National-Versammlung noch erwähnt, die Verhandlungen selbst haben beinahe nicht das geringste Interesse mehr und haben sich in den letzten Tagen allerdings auch nur um lokale oder finanzielle Angelegenheiten gedreht. Die Versammlung ist zu Tode gehetzt.

— Zwischen Oesterreich, England und unserer Regierung herrscht hinsichtlich der deutschen Unionsfrage das vollständigste Einverständniß. Man versichert sogar, daß eine gemeinschaftliche Verwahrung gegen das von der Reichsversammlung in Frankfurt dekretirte Kaiserthum erfolgen werde. Daß es an diplomatischen Einschüchterungen in Berlin nicht fehlt, ist Thatsache, und die französische Regierung, obgleich eine

das Vermögen der meisten Kapitalisten in Paris; ich glaube, die Bank bedarf 30 Millionen Franken baares Geld, um die Geschäfte nicht zu unterbrechen, doch die Excomptirungen fortzusetzen. Man müßte die Mehrzahl dieser Kapitalisten in das Ministerium des Innern rufen und sie ein Engagement unterschreiben lassen, (Oh! Oh! Gährung) sie nicht von der Stelle lassen, bis diese Unterschrift erfolgt ist. (Exklamationen und Gelächter.) Ich bleibe hinter dem Vorhange und werde nöthigenfalls die Execution leiten. (Große Agitation.) . . . ."

— Die Nachricht, daß Catanea von den Sizilianern unter Mieroslawski wieder genommen worden, bestätigt sich durch die Mittheilungen des Paketboots „Tancred", welches am 18. April in Marseille angekommen. In Trapani waren über 100 gefangene Neapolitaner von dem wüthenden Volke ermordet worden.

— Ueber die neuen Mißhelligkeiten zwischen Oesterreich und Sardinien vernimmt man noch immer nichts Bestimmtes.

Das Associations-Recht.

Die Wühler, welche die Preßfreiheit zu einer Preßfrechheit hinabgezogen, haben wir mit solcher pommerschen Derbheit besprochen, daß diese volksbeglückenden Zeitungsschreiber durch unsere „Stockhiebe und Fußtritte" gleich der vielköpfigen Hydra aus ihrem sichern Sumpfe aufgeschreckt worden sind, und an unsrer Anklagekammer ihren notorischen Giftvorrath im vollsten Maße ausgelassen haben. Dieses wüthende Giftausspritzen der Demokraten geschah zu unserer größten Freude sowohl aus den hohen, als den niedrigen und gemeinsten Regionen unserer politischen Gegner. Es geschah von dem Dr. juris „der motivirten Tagesordnung" der National-Versammlung in dem Blatte des Beherrschers der Ostsee, Kossuth II., den Eingesandts des Wächters, bis zu Münchhausen hinab, und — sogar durch den vermittelst seiner Schandartikel die Menschenwürde verleugnenden Beobachter. Diese Literaten wurden bald grob, unverschämt, kindisch mit mehr oder weniger Talent und Geschmack, je nachdem das Blatt einen Redakteur hatte, der mehr oder weniger an der „Bornirtheit" litt. Ihr Herren Literaten schöpfet Athem, wir haben Euch und Euren Kameraden, den Hofhund der Demokratie, den zottigen Phylax (z. deutsch Wächter), genug beunruhigt, und den auf Freiers Füßen gehenden liebenswürdigen Schooßhund der Volksbeglücker, den gehorsamen „Zoli", so bitter erzürnt, daß uns das Heulen und Zähnklappern dieser Preßhunde wirklich dauert, und wir auch überdies unsere Anklage gegen eine andere Märzerrungenschaft, die des gemißbrauchten Versammlungsrechts, richten werden.

Ein besserer Theil unser politischen Gegner tritt uns auf diesem Gebiete gegenüber, als derjenige, mit dem wir es in der Presse zu thun hatten, (der W. a. d. O. sagt selbst: „in Stettin fürchtet man, durch die Betheiligung an der Presse einen Theil seines guten Rufes einzubüßen). Die durch Rang und Bildung hochgestellten Männer, welche sich nicht scheuen, wie Waldeck „mit dem gemeinen Volke" umzugehn, um dessen Bedürfnisse kennen zu lernen, müssen nothwendig an den Endpunkten der menschlichen Natur stehen, sie können entweder nur Engel oder Teufel sein (vielleicht auch Narren, wie Grünhagen glorreichen Andenkens). Teufel in Menschengestalt sind diese Dr. gewiß, wenn sie das Versammlungsrecht benutzen, um unter dem fremdländischen Namen Demokraten die Masse sowohl gegen die politische als soziale Ordnung aufzuhetzen; die durch Aufzüge, Demonstrationen 2c. die Behörden einzuschüchtern und kraftlos zu machen suchen, dabei aber, was eben die Hauptsache ist, nicht selbst, sondern geflissentlich die Masse die Kastanien aus dem Feuer holen lassen, um sie als Minister zu verzehren. Welchen andern Namen soll man diesen Leuten geben, die nach Beendigung eines Trienniums ihre ganze Lebenszeit hindurch die Verhältnisse der Menschen und Völker vom grauesten Alterthume an studiren, und diese Kenntnisse dazu anwenden, um namentlich durch das Versammlungsrecht in den Volksvereinen die Masse so irre zu leiten, daß sie den bestehenden Gesetzen verfällt. Wäre es wirklich ein Wunder, wenn in dieser Partei-Zeit die entfesselte Emeute, „das souveraine Volk", auch bei uns einen Volks-Justizmord beginge, wie es an Latour in Wien geschah? Jener Lehrer hat sich ja des Versammlungsrechts bedient, um ungestraft in einem Königlichen Gebäude dem R. Blum, der noch 200 Latoure hängen wollte, eine Lobrede zu halten. Heißt dies nicht den Mord heilig sprechen, ist in unsern Mauern nicht schon ein politischer Mord vorgefallen! Kann man diese studirten Leute anders als Teufel in Menschengestalt nennen, welche das Versammlungsrecht gebrauchen, um das Volk mit dem Morde vertraut zu machen, zu Steuerverweigerungen in den Volksvereinen, Bürgerwehrklubs 2c. auffordern, und durch unnöthige Allarmirung der Bewohner unserer Stadt die Emeute mit Haaren herbeiziehen?

Diese Doktoren, die mit ihren Helfern und Helfershelfern an allem Blut, an aller Noth und allem Jammer seit dem vorjährigen März schuld sind, die nach ihrem Vorbilde, vor dem Erminister, dem jetzigen Präsidenten, gerne alle Errungenschaften nur für sich ausbeuten wollen. Diese an Verzuckungen leidenden Dr. phil. nöthigen uns, ihnen in einen Verein zu folgen, worin das Versammlungsrecht am meisten gemißbraucht wurde. Es ist der weitbekannte Volksverein. (Fortsetzung folgt.)

Ein Bürger für Viele.

Anklagekammer der freien Presse.

Bekanntmachung.

In dem Dienstbetriebe der Post-Anstalten sind zum Nachtheile des Publikums dadurch mannigfache Uebelstände herbeigeführt worden, daß die Aufgeber von Packeten den dazu gehörigen Begleitbrief noch in der Weise benutzt haben, um Geld oder Gegenstände von angegebenem Werthe in den Begleitbrief zu verpacken. Damit in dem Gesammt-Interesse des Publikums die erforderliche Klarheit im Postbetriebe aufrecht erhalten werde, sieht sich das General-Post-Amt zu der Bestimmung genöthigt, daß

zu Packet-Sendungen jeder Art, mithin auch zu Packeten mit angegebenem Werthe, zu recommandirten Packeten, zu Fässern, Beuteln und Kisten mit Geld u. s. w.,

nur solche Begleitbriefe gehören dürfen, welche einen ledigen Frachtbrief ausmachen oder in einem gewöhnlichen Briefe bestehen, der kein Geld und keine anderen Gegenstände von angegebenem Werthe enthält.

Der Begleitbrief muß mit demselben Siegel versehen sein, mit welchem das Packet verschlossen ist.

Die Königlichen und öffentlichen Behörden und das correspondirende Publikum wollen diese Vorschrift genau beachten.

Berlin, den 17ten März 1849.

General-Post-Amt.

Conzert-Anzeige.

Das 10te und letzte Abonnement-Conzert findet Sonnabend den 28. d. M. im Baierschen Hofe Statt, wozu ich ergebenst einlade. Unter mehrerem werden Variationen für Violine von Pruem, vorgetragen von Wild jun., und ein Potpourri für Clarinette von Kuffrath, vorgetragen von Walter, vorkommen. — Anfang 8 Uhr. Entree für Nicht-Abonnenten 5 sgr.

A. Wild.

Gerichtliche Vorladungen.

Ediktalladung.

Auf den Antrag der Beneficial-Erben des hier verstorbenen Königl. Steuer-Einnehmers Jacob Steinicke ist über dessen Nachlaß der erbschaftliche Liquidationsprozeß eröffnet, und es werden sämmtliche Gläubiger desselben hierdurch aufgefordert, binnen 6 Wochen, längstens aber in dem am

23sten Juni d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Justizrath zur Hellen hier an ordentlicher Gerichtsstelle anstehenden Termine ihre Ansprüche anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls die ausbleibenden Gläubiger aller ihrer etwanigen Vorrechte werden verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, werden überwiesen werden.

Unbekannte oder persönlich zu erscheinen Verhinderte können sich an den Registrator Bahr oder Aktuarius Dahms hierselbst wenden und dieselben mit Vollmacht und Information versehen.

Pölitz, den 10ten April 1849.

Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Auktionen.

Holzverkauf.

Im Forstrevier Peetzig sollen am 19ten Mai c., Vormittags 10 Uhr, auf der Peetziger Schneidemühle 38¾ Klafter eichen Böttcherholz, ca. 320 Klftr. eichen Kloben, 750 Klftr. kiefern Kloben, 415 Klftr. kiefern Stubben in großen Loosen öffentlich meistbietend verkauft werden. Das Holz steht zum großen Theil in der Nähe der Oderablagen. Die Käufer sind gehalten, ein Viertel des Kaufgeldes im Termine anzuzahlen.

Peetzig bei Schwedt, den 23sten April 1849.

Der Königl. Oberförster Langefeldt.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Der Kahnschiffer Nochlitz in Wollin will sein daselbst unmittelbar an der Dievenow belegenes Grundstück, bestehend aus einem massiven Wohnhause mit 5 heizbaren Stuben, 2 Küchen und Kammern, einem Hintergebäude, 3 Wohnungen und Stallung enthaltend, nebst Garten mit tragbaren Obstbäumen, aus freier Hand verkaufen und ladet Kaufliebhaber ein.

Vermiethungen.

In meinem Hause, große Lastadie No. 83 B., sind mehrere Läden und ein großer trockener Waaren-Keller zu vermiethen. Gustav Wellmann.

Eine Sommerwohnung von 2 Stuben, mit auch ohne Möbel, ist in der freundlichsten Lage Finkenwalde's No. 18 billig zu vermiethen.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Zur Erlernung der Material-Handlung werden sofort 2 Lehrlinge gesucht von

B. L. Groß, kl. Papenstraße No. 317.

Anzeigen vermischten Inhalts.



In der großen Niederländischen Menagerie, welche nur noch bis incl. Montag geöffnet, heute Freitag und morgen Sonnabend, um 4 Uhr, auf mehrseitiges Verlangen: große Vorstellung des

Hrn. u. Mad. Kreutzberg,

worin beide in der Dressur wetteifern und in dieser alles aufbieten werden, den Beifall eines geehrten Publikums zu erlangen.

Das Nähere die öffentlichen Anschläge.

G. Kreutzberg.

Am Sonntage Jubilate, den 29. April, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

In der Schloß-Kirche:
Herr Prediger Palmié, um 8¾ U.
(Französische Predigt.)
Nach der Predigt heil. Abendmahl. Beicht-Andacht am Sonnabend Nachm. 2½ Uhr.
„ Hofprediger Brunner, um 10½ U.
„ Prediger Beerbaum, um 2 U.

In der Jakobi-Kirche:
Herr Pastor Schünemann, um 9 U.
„ Prediger Schiffmann, um 1½ U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Schiffmann.

In der Peters- und Pauls-Kirche:
Herr Prediger Moll, um 9 U.
„ Prediger Hoffmann, um 2 U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Moll.

In der Johannis-Kirche:
Herr Divisions-Prediger Flashar, um 9 U.
„ Pastor Teschendorff, um 10½ U.
„ Prediger Budy, um 2½ U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Budy.

In der Gertrud-Kirche:
Herr Prediger Jonas, um 9 U.
Herr Kandidat Collier, um 2 U.

Freie christliche Gemeinde.
In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage, den 29. April, Vormittags 9 Uhr:
Herr Pfarrer Gentzel.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.
In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage Jubilate:
Herr Prediger Schoene, um 10½ U.
Derselbe, um 3 U.
Heute Freitag, in der Zeichnenklasse des Gymnasiums um 7 Uhr, Katechismuspredigt: Herr Prediger Schoene.

Am Sonntage predigt in der Baptisten-Gemeinde (Roßmarkt No. 718 b.) Vormittags um 9 Uhr und Nachmittags 5 Uhr, sowie Donnerstags Abends 8 Uhr:
Herr Missionar Gülzow.

In der hiesigen Synagoge predigt am Sonnabend, den 28. d. M., Morgens 10 Uhr:
Herr Rabbiner Dr. Meisel.